

„Längere Laufzeiten bringen mehr Zeit“

Die DIW-Expertin Claudia Kemfert fordert den Ausstieg aus dem Atomausstieg, um das Energiesystem klimaschonend auszurichten

VON JÖRG LESSING

STUTT GART. Union und FDP sind sich über die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken weitgehend einig.

Frau Kemfert, Schwarz-Gelb will bei längerer Laufzeit der Atomkraftwerke Gewinne abschöpfen und in einen Fonds zur Förderung alternativer Energien investieren. Sinnvoll?

Grundsätzlich schon. Allerdings sollten nicht nur alternative Energien gefördert werden. Wir benötigen zum Ausbau der erneuerbaren Energien und zum besseren Stromhandel in Europa dringend den Ausbau der Stromnetze. Zudem benötigen wir eine Energiestrategie, die verbindlich fest schreibt, wie eine sichere, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energieversorgung und Mobilität erreicht werden soll. Eine solche Strategie sollte unbedingt in einem Energiekonsens erarbeitet und verbindlich festgelegt werden.

Rechnen Sie mit Gegenwehr der Konzerne? Immerhin fördern sie mit diesem Fonds die eigene Konkurrenz.

Die Konzerne haben keine andere Wahl. Wenn sie eine Laufzeitverlängerung wirklich wollen, müssen sie bestechende Angebote unterbreiten.

Wie lange sollten die Atomkraftwerke denn länger laufen?

Das kommt auf die erarbeitete Energiestrategie und somit darauf an, wie viel Zeit man benötigt. Man sollte wie bisher die maximale Produktionskapazität der Kraftwerke je nach Erfüllung der Sicherheitsstandards festlegen.

Sollten auch für alte Kraftwerke bei einer Nachrüstung die Laufzeiten verlängert werden, wie dies die Atomindustrie fordert? Grundsätzlich sollte die Sicherheit bei jedem Kraftwerk erfüllt sein, egal wie alt es ist. Sicherlich muss man bei einer Laufzeitverlängerung die zukünftige Sicherheit genau prüfen.

Sollten auch für alte Kraftwerke bei einer Nachrüstung die Laufzeiten verlängert werden, wie dies die Atomindustrie fordert?

Grundsätzlich sollte die Sicherheit bei je-

Zur Person

Claudia Kemfert

- **1968** in Delmenhorst geboren
- Von **2000 bis 2004** Junior-Professorin an der Universität Oldenburg
- Seit **2004** leitet Kemfert die Abteilung „Energie, Verkehr, Umwelt“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Zudem hat sie eine Professur an der Hertie School of Governance
- Kemfert ist Beraterin von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Gutachterin des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)



Foto: Sabine Braun

dem Kraftwerk erfüllt sein, egal wie alt es ist. Sicherlich muss man bei einer Laufzeitverlängerung die zukünftige Sicherheit genau prüfen.

Und die Endlagerung? Die Entsorgung des Atommülls ist nach wie vor ein ungelöstes Problem.

Die Frage muss man zunächst genau prüfen und dann entscheiden. Wichtig ist aber, dass man alle möglichen Optionen prüft. Mein dringender Wunsch an die Bundesregierung ist, die Endlagerfrage in den kommenden vier Jahren definitiv zu lösen.

Regenerative Energien sind stärker auf dem Vormarsch als angenommen. Ist eine Laufzeitverlängerung der Meiler überhaupt notwendig, auch angesichts der Tatsache, dass Deutschland mehr Strom produziert, als es verbraucht?

Noch produziert Deutschland mehr Strom, als es verbraucht. In den kommenden zehn Jahren gehen altersbedingt Kohlekraftwerke und politisch bedingt Kernkraftwerke und somit nahezu 40 Prozent der gesamten Stromerzeugung vom Netz. Einen Teil davon können wir sicherlich durch bessere Energieeffizienz kompensieren. Zudem hilft uns der Ausbau der erneuerbaren Energien. Auch Gaskraftwerke sind einsatzfähig, erhöhen aber die Importabhängigkeit. Und Kohlekraftwerke produzieren zu viele Treibhausgase. Durch die Verlängerung der Laufzeiten würde man mehr Zeit bekom-

men, um das Energiesystem klimaschonend auszurichten.

Union und FDP wollen auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ändern und die Förderung vor allem der Fotovoltaik zurückfahren. Eine Gefahr für alternative Energien?

Nein, denn das EEG an sich wird sicherlich nicht angetastet werden. Im Übrigen haben wir diese Diskussion schon im vergangenen Jahr geführt und uns entschlossen, die Fördersätze für Fotovoltaik im kommenden Jahr um zehn Prozent zu kürzen. 2011 beträgt die Kürzung elf Prozent. Sollte sich nun bei Marktprüfung herausstellen, dass die Kostenreduktion noch über dieses Maß hinausgeht, könnte man die Fördersätze mit Augenmaß weiter vermindern.

Was halten Sie von den Forderungen, die Energiepolitik komplett im Wirtschaftsressort einzugliedern?

Gar nichts. Derzeit ist die Energiepolitik auf zu viele unterschiedliche Bundesministerien verteilt. Nicht nur das Wirtschafts- und das Umweltministerium sind beteiligt, sondern auch das Außen-, Verteidigungs-, Bildungs-, Finanz-, Landwirtschafts- und selbstverständlich das Verkehrs- und Bauministerium. Das Thema Energie hat eine zu große Bedeutsamkeit, als dass man es in zu vielen kleinen Bereichen zerfasern sollte. Man sollte die Interessen deshalb zwar bündeln, aber nicht zu einem Unterministerium eines Ministeriums degradieren.